



Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 74 602
Fax: (030) 227 76 622
E-Mail: angelika.brunkhorst@bundestag.de

Wahlkreis
Sonnenstraße 1
27793 Wildeshausen
Tel: (04431) 93 17 04
Fax: (04431) 93 17 05
E-Mail: angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de

www.angelika-brunkhorst.de

Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Naturschutz und Reaktorsicherheit
der FDP-Bundestagsfraktion

Berlin, 9. Februar 2010

Pressemitteilung

BERLIN. Zur Einigung innerhalb der Union zur Zukunft der Jobcenter erklärt die hiesige FDP-Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst:

Sachkompetenz vor Ort kommt Arbeitssuchenden zugute

Wir sind auf einem guten Weg, dass sich die praktikabelste und kundenfreundlichste Lösung durchsetzen wird. Gemeinsam mit meinen kommunalen, liberalen Mitstreitern hier vor Ort habe ich mich seit jeher für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung in den Städten und Kommunen ausgesprochen. In vielen Gesprächen und Diskussionen, die wir sowohl mit den Verwaltungsfachleuten in den Jobcentern und in den Argen als auch mit den Vertretern des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages geführt haben, war steter Konsens, dass die Beratung und Betreuung der ALG II-Empfänger weiterhin am wirkungsvollsten ausfallen werden, wenn entsprechende Kenntnisse über die wirtschaftlichen Strukturen in den Kommunen einfließen können.

Ein konkreter Vorschlag für eine mehrheitsfähige Grundgesetzänderung muss schnellstens erarbeitet und mit den Regierungsfractionen abgestimmt werden. Ziel muss es sein, die bewährten Argen in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Dabei ist sicherzustellen, dass die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit gleichberechtigte Partner sind.

Auch die Ausweitung der Optionskommunen kann nun endlich angegangen werden. Es wird auch darauf ankommen, die Steuerungsfähigkeit des Bundes für die finanziellen Mittel bei der Arbeitsvermittlung zu gewährleisten, ohne zugleich den gestalterischen und individuellen Spielraum der Kommunen, für passgenaue Lösungen vor Ort zu sehr einzuschränken.

Erfreulich, dass nun auch die SPD der Regierung ihre Unterstützung für eine verfassungsändernde Lösung anbietet, um so den Prozess konstruktiv zu begleiten.